

01.07.02

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission "Zu den Verpflichtungen stehen und den Reformprozess beschleunigen"

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 307237 - vom 27. Juni 2002. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung am 13. Juni 2002 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission „Zu den Verpflichtungen stehen und den Reformprozess beschleunigen“ (KOM(2001) 641 – C5-0075/2002 – 2002/2033(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission (KOM(2001) 641 – C5-0075/2002),
 - in Kenntnis des Berichts der Kommission über die Umsetzung der Europäischen Charta für Kleinunternehmen (KOM(2002) 68),
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Lissabon vom 23./24. März 2000 (SN 100/1/00),
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Feira vom 19./20. Juni 2000 (SN 200/1/00),
 - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0192/2002),
- A. in der Erwägung, dass der Europäische Rat von Lissabon das strategische Ziel gebilligt hat, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen,
- B. in der Erwägung, dass die europäischen Unternehmen im Mittelpunkt der in Lissabon festgelegten Strategie stehen müssen und dass die Kleinunternehmen eine unersetzliche wirtschaftliche und soziale Funktion erfüllen,
- C. in der Erwägung, dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten und der Kommission im Bereich des Unternehmertums langsamer erzielt werden als vorgesehen,
- D. in der Erwägung, dass der Europäische Rat von Feira am 20. Juni 2000 eine Europäische Charta für Kleinunternehmen gebilligt hat und dass diese Charta auch von den Regierungen der meisten Bewerberländer angenommen wurde, um in diesen Ländern die Grundlage für eine Politik zur Förderung der Entwicklung der Kleinunternehmen zu schaffen,
- E. in der Erwägung, dass jedoch die Umsetzung der Charta, die sowohl den Mitgliedstaaten als auch der Kommission in Zusammenarbeit mit den repräsentativen Verbänden der Kleinunternehmen obliegt, nicht mit ausreichendem Engagement erfolgte und dass dabei erhebliche Ungleichheiten hinsichtlich der Situation dieser Unternehmen in der Union zutage treten; ferner in der Erwägung, dass die Charta insgesamt eine bloße politische Erklärung geblieben ist und de facto ein entschlossener und konzertierter Plan für ihre Umsetzung fehlt,
- F. in der Erwägung, dass in dem Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit 2001 die enttäuschenden Leistungen in der Europäischen Union auf dem Gebiet der Innovation

hervorgehoben werden; insbesondere in der Erwägung, dass der Umfang der privaten Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung besorgniserregend ist, da er nur 1,19% des BIP in der Union ausmacht,

- G. in der Erwägung, dass die Kommission Initiativen ergriffen hat, um die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union zu vereinfachen und zu verringern,
- H. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten weiterhin unablässig regulieren und dass die kleinen und mittleren Unternehmen und Industriebetriebe (KMU-KMI) in der Union auf administrative und ordnungspolitische Schwierigkeiten stoßen, die ihre Existenz gefährden,
- I. in der Erwägung, dass der Europäische Rat von Lissabon eine Strategie für Modernisierung und Reform festgelegt hat, die auf einem dynamischen Unternehmertum in Europa beruht und dass diese Strategie angesichts der konjunkturellen Abschwächung der Weltwirtschaft seit dem zweiten Halbjahr 2001 noch wichtiger und die Erreichung ihrer Ziele unerlässlich geworden ist,
- J. in der Erwägung, dass das Unternehmertum in Europa und die europäischen und nationalen Politiken noch zu sehr von einem Unternehmenskonzept ausgehen, das keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Unternehmen macht, und dass es, um dem Unternehmertum in Europa und der Politik Dynamik und Effizienz zu verleihen, notwendig ist, den Unterschieden zwischen Großunternehmen, mittleren, kleinen und Kleinstunternehmen wie auch ihren unterschiedlichen wirtschaftlichen oder sozialen Modellen bzw. Konzepten Rechnung zu tragen,

Die Forderungen von Lissabon

1. bekräftigt seine Unterstützung für die Ziele, die der Europäische Rat von Lissabon festgelegt hat;
2. teilt die Ansicht der Kommission, dass die Umsetzung der Reformen beschleunigt werden muss;
3. fordert die Mitgliedstaaten auf, ungeachtet der Änderungen der wirtschaftlichen Konjunkturlage ihre diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken;
4. bedauert den mangelnden Bekanntheitsgrad der Unternehmenspolitik auf europäischer Ebene und fordert die Kommission auf, einen Anzeiger ("Scoreboard") für die Unternehmenspolitik einzuführen, der die zu treffenden Maßnahmen und einen Zeitplan umfasst und der das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der GD Unternehmen und den anderen betroffenen GD ist;
5. bedauert die unzureichende Kenntnis der Erfordernisse der Kleinunternehmen und deren zu geringe Einbeziehung über ihre Verbände in die wichtigen politischen Prioritäten der Gemeinschaft, d.h. Erweiterung, Kohäsionspolitik, Regieren in Europa oder die Arbeiten des Konvents über die Zukunft Europas;
6. fordert die Kommission auf, die Konzertierung mit diesen repräsentativen Verbänden, insbesondere denen der Kleinunternehmen, einzuleiten und zu verstärken;

Die Marktöffnung vollenden

7. betont, wie wichtig eine effektive Öffnung der Märkte für Telekommunikation, Energie, Postdienste und Verkehr für die Unternehmen und insbesondere die Kleinunternehmen ist;
8. ersucht den Rat und die Mitgliedstaaten, der Charta für Kleinunternehmer durch einen formellen Beschluss des Rates Rechtswirkung zu verleihen;
9. erwartet, dass die Kommission ein Grünbuch über die alternative Beilegung von Rechtsstreitigkeiten vorlegt, womit die außergerichtliche Streitschlichtung im Binnenmarkt entwickelt werden kann;
10. ist der Auffassung, dass es die Aufgabe der Kommission ist, einen Mehrjahresplan mit innovativen Aktionen und Maßnahmen zur Umsetzung der Charta für Kleinunternehmer vorzuschlagen; ersucht alle zuständigen Dienststellen der Kommission, dem Parlament rasch einen entsprechenden, in Absprache mit den repräsentativen Verbänden der Kleinunternehmen erarbeiteten Vorschlag zu unterbreiten;
11. bedauert, dass weniger als 3% der KMU-KMI Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben und fordert die Kommission auf, Vorschläge zur Lösung dieses Problems vorzulegen;
12. weist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, für eine echte Öffnung der Märkte von Drittländern durch Beseitigung der tarifären und nichttarifären Hemmnisse zu sorgen, um die Gegenseitigkeit des Handels zu gewährleisten;
13. weist auf die Notwendigkeit hin, Unternehmensblöcke und –zusammenschlüsse zu fördern, um ihre Internationalisierung voranzutreiben;

Die Steuerbelastung verringern und den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern

14. erinnert an die Zusagen, die in Lissabon zugunsten eines besseren Beitrags der öffentlichen Finanzen zu Wachstum, Beschäftigung und Forschung und Entwicklung, für eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit und eine Senkung der Gesamthöhe der staatlichen Beihilfen gegeben wurden;
15. fordert die Kommission auf, die versuchsweise eingeführten Maßnahmen zur Senkung der MwSt. auf alle beschäftigungsintensiven Wirtschaftsbereiche auszudehnen und die Auswirkungen der Senkung der MwSt. auf die Schwarzarbeit zu untersuchen;
16. weist auf die in Barcelona eingegangene Verpflichtung hin, bis 2002 zu einem voll integrierten Wertpapier- und Risikokapitalmarkt zu gelangen, und fordert die Kommission mit Nachdruck auf, rasch Vorschläge zur Stärkung der europäischen Börsenplätze und zur Schaffung eines dynamischeren Umfelds für Investitionen und die unternehmerische Initiative vorzulegen;
17. fordert die Einführung von Systemen, die einen besseren Zugang zu EIB/EIF-Mitteln für Investitionen, die im Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften erforderlich sind, für Investitionen in Umwelt und neue Technologien sowie für immaterielle Investitionen im Zusammenhang mit der Ausbildung ermöglichen; fordert außerdem, dass die Systeme der Bürgschaft auf Gegenseitigkeit und ihre Anwendung in den Mitgliedstaaten und den Bewerberländern verstärkt und weiterentwickelt werden;

18. fordert die Kommission auf, eine eingehende Untersuchung über den Zugang von Kleinunternehmen zu den gemeinschaftlichen Finanzierungsquellen und Programmen und die damit verbundenen Vorteile vorzunehmen; fordert die Kommission auf, mit den repräsentativen Verbänden der Kleinunternehmen die Maßnahmen zur Verbesserung der Beteiligung an den Programmen und den bereitgestellten Finanzmitteln zu prüfen;
19. hält es, um Anreize für die Gründung neuer KMU auf europäischer Ebene zu schaffen, für wichtig, ihre Finanzierung, insbesondere in der Anlaufphase, zu unterstützen;

Leistungsfähige rechtliche Rahmenbedingungen

20. unterstützt die Initiativen zur Vereinfachung und Verringerung der rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Best-Verfahren und die SLIM-Initiative;
21. fordert die Kommission auf, eine echte Politik des „think small first“ einzuführen;
22. ist der Ansicht, dass die europäischen repräsentativen Verbände, insbesondere die der Kleinunternehmen, an der Ausarbeitung der neuen Legislativvorschläge von Beginn des Rechtsetzungsverfahrens an beteiligt werden müssen;
23. erwartet von der Kommission, dass sie für jeden einschlägigen Legislativvorschlag eine Abschätzung der Folgen für alle Arten von Unternehmen vornimmt, wie sie dies zugesagt hat;
24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Überlegungen anzustellen, die darauf gerichtet sind, einen allgemeinen Rahmen für freiwillige Vereinbarungen in der Industrie, die Selbstregelung und alle Alternativen zu den herkömmlichen Rechtsetzungs- und Regelungsmaßnahmen zu schaffen;
25. beauftragt die GD IV – Wissenschaft – des Parlaments, ihre Dienststellen so zu organisieren, dass sie jedem Antrag auf Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen der vom Parlament angenommenen Änderungen bzw. der Änderungen, die die Mitglieder in den zuständigen Ausschüssen vorlegen, auf die Unternehmen und die Beschäftigung innerhalb annehmbarer Fristen nachkommen können; ist der Auffassung, dass die Ausschüsse des Parlaments berechtigt sind, derartige Anträge zu stellen;
26. begrüßt die Initiative „Europa Online“ im Rahmen des Programms eEurope 2002; ist der Ansicht, dass die One-Stop-Shops und die Internet-Portale ein echter Fortschritt sein können, da sie den Unternehmen Zugang zu Informationen und effizienten Verwaltungsverfahren ermöglichen;
27. betont das Beispiel der Regelung über die Umweltzertifizierung EMAS, in deren Rahmen geeignete Zertifizierungsverfahren für Kleinunternehmen und Handwerksbetriebe eingeführt werden; wünscht, dass dieses Beispiel für die derzeit vorbereiteten Legislativvorschläge, insbesondere in den Bereichen Verbraucherschutz, Umwelthaftung und soziale Verantwortung der Unternehmen, genutzt wird;

Gemeinschaftsprogramme für Unternehmen

28. fordert, dass rasch ein Austauschprogramm nach Art des Erasmus- Programms für die Lehre eingeführt wird, um die Mobilität der Auszubildenden zu fördern; wünscht, dass die Kommission ein europäisches Statut für die Auszubildenden vorschlägt;
29. fordert, dass Ausbildungstauschbörsen für Studenten/Auszubildende und Unternehmer geschaffen werden;
30. wünscht, dass eine Politik zur Unterstützung der Klein- und Kleinstunternehmen sowie der Handwerker im Rahmen dieser Europäischen Berufsbildungsabschnitte geschaffen wird;
31. wünscht, dass die im Rahmen der Europäischen Bildungsabschnitte geschaffenen Ausbildungsnetze als Verbindungsstelle fungieren und in den Rahmen der lebensbegleitenden Berufsbildung einbezogen werden;
32. fordert, dass die Kommission die Bewerbungs- und Zertifizierungsverfahren vereinfacht, die Ausschreibungsverfahren lockert und die Möglichkeiten der Direktfinanzierung für grenzübergreifende Pilot- oder Versuchsvorhaben neu belebt;
33. ist der Ansicht, dass es den Unternehmen an Information über die von der Europäischen Union angebotenen Möglichkeiten mangelt und fordert die Kommission auf, über die zwischengeschalteten Berufsverbände Informationskampagnen durchzuführen;
34. erinnert daran, dass Unternehmen, insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen, vor allem professionelle Beratungsdienste benötigen;
35. fordert die Ausarbeitung eines europäischen Lastenhefts über die Dienstleistungen für Unternehmen und eine aktive Politik zur Verstärkung geeigneter Beratungs- und Begleitungsdienste; hält dabei fünf Bereiche für vorrangig: Management und Organisation im Unternehmen, Umwelt, Qualität/Normung, Forschung und technologische Innovation sowie Internationalisierung der Märkte;

Unternehmertum und Unternehmergeist

36. begrüßt die Fortschritte in Richtung auf eine weniger kostspielige und raschere Registrierung der Unternehmen in der Europäischen Union; weist jedoch auf die zwingende Notwendigkeit hin, für den Erwerb der erforderlichen Kenntnisse vor der Registrierung zu sorgen, um die Stabilität und dauerhafte Existenz des Unternehmens zu gewährleisten; fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen in Verbindung mit den repräsentativen Unternehmensverbänden nun auf den Erwerb der erforderlichen Kenntnisse und auf die Beratungsdienste für Unternehmen zu konzentrieren;
37. fordert, dass die Kommission in Verbindung mit den betreffenden Staaten und Unternehmensverbänden Maßnahmen für die Beratung und die Begleitung der Kleinunternehmen in den Bewerberländern festlegt; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen der Industriepolitik der Europäischen Union auf die Bewerberländer zu untersuchen und die Annahme spezifischer Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Länder und zur Überwindung ihrer Abhängigkeit von den traditionellen Sektoren vorzuschlagen;

38. nimmt die Zusage der Kommission zur Kenntnis, vor der Tagung des Europäischen Rats im Frühjahr 2003 ein Grünbuch über den Unternehmergeist vorzulegen; wünscht, dass die Empfehlungen aus der Charta für Kleinunternehmen aufgegriffen werden;

o
o o

39. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.